Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 267. — 87 Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, den 15. November 1928

Gerüchte.

Selbst die gewiegtesten Kenner parlamentarischen Getriebes sind ratlos: so etwas von völliger Undurchsichtigkeit der Situation ist lange nicht dagewesen. Grund: die Panzerkreuzerfrage. Zunächst das Hin und Her, ob der sozialdemokratische Antrag, der die Einstellung des Panzerkreuzerbaues verlangt, noch in dieser Woche behandelt werden soll oder erst die außenpolitische Debatte stattfindet. Heute heißt es so, morgen anders. Nun soll noch erst über den Panzerkreuzerantrag verhandelt werden, weil es den Anschein hat, als werde sich in dieser Frage möglicherweise eine Regierungskrise herausbilden. Heute wird gesagt, die vier sozialdemokratischen Minister, die im Kabinett nicht gegen den Panzerkreuzerbau waren, würden sich als Abgeordnete der Stimme enthalten, weil der Reichswehrminister Gröner erklärt hätte, er würde zurücktreten, wenn seine Ministerkollegen sich jetzt gegen den Panzerkreuzerbau einsetzen würden; dann heißt es wieder, daß jene vier Minister genau so wie ihre Fraktion den Weiterbau des Panzerkreuzers ablehnen, die Gefahr einer Krise also auf sich nehmen würden.

Reichswehrminister Gröner war beim Reichspräsidenten zum Vortrag; auch der Reichskanzler hat dem Reichspräsidenten einen Vortrag über die politisch-parlamentarische Situation gehalten, dabei Mitteilung davon gemacht, daß Reichswehrminister Gröner zurücktreten würde, wenn etwa der Reichstag, angeblich aber auch dann, wenn seine Ministerkollegen als Abgeordnete gegen die Weiterführung des Panzerkreuzerbaues stimmen würden. Zahllose Gerüchte unkontrollierbarster Art schossen natürlich üppig ins Kraut. Einmal hieß es: der Reichspräsident habe erklärt, er fühle sich in der Panzerkreuzerfrage „uninteressiert", dann wieder flüsterten sich die angeblich Allwissenden zu, gerade das Gegenteil sei der Fall. Hindenburg setze sich mit der vollen Wucht seiner Persönlichkeit für den militärisch notwendigen Weiterbau des Panzerkreuzers ein und es sei gar nicht ausgeschlossen, daß es zu einem Konflikt mit dem Reichspräsidenten kommen würde, wenn der Reichstag bzw. ein größerer Teil der Reichsminister sich gegen den Weiterbau entscheiden würde. Noch mehr der Gerüchte und Vermutungen: wenn die Parteien, die im früheren Reichstag für den Bau stimmten, jetzt geschlossen das gleiche tun, so ergibt dies im jetzigen Reichstag nur eine geringe Mehrheit. Aber schon jetzt weiß man, daß das Zentrum nicht mehr so unbedingt für den Bau eintritt wie früher und — die Deutschnationalen, die damals auch Regierungspartei waren, sind jetzt Opposition! Man raunt einander zu, daß diese Partei vielleicht ein parlamentarisches Manöver veranstalten will, das unbedingt zu einer Regierungskrise führen müßte, nämlich dadurch, daß sich ein Teil der deutschnationalen Abgeordneten der Abstimmung fernhält und dann eine genügende Mehrheit für den Weiterbau nicht vorhanden ist. Denn daß die Regierungskrise ausbricht, wenn der sozialdemokratische Antrag auf Einstellung des Panzerkreuzerbaues angenommen wird, daran zweifelt niemand. Und wohin sich eine solche Krise auswachsen würde, läßt sich noch gar nicht übersehen, obwohl es natürlich übertrieben erscheint, wenn man schon von einer — Reichstagsauflösung spricht, weil der Reichspräsident eine solche Stellungnahme der jetzigen Volksvertretung als untragbar betrachtet.

Womöglich noch komplizierter wird die ganze politisch-parlamentarische Lage dadurch, daß nach Genehmigung der ersten Rate für den Panzerkreuzerbau die Marineleitung über die Vergebung des Gesamtobjekts verhandelt und größere Bestellungen aufgegeben hat, wozu sie der Reichshaushaltsordnung gemäß die Ermächtigung besitzen will. Allerdings ist bisher nicht mehr gezahlt worden, als der Reichstag für die erste Rate bewilligt hat, — aber durch diese Maßnahme des Reichswehrministeriums wird es noch selbstverständlicher, daß Gröner die Ablehnung des Weiterbaues mit der Niederlegung seines Ministerportefeuilles beantworten wird. Unrichtig ist es übrigens, daß der Reichspräsident irgendwie in direkte Verbindung mit den Parteien selbst getreten ist, um die Lage zu entwirren; so hat er auch nicht etwa, wie behauptet wird, den Deutschnationalen zu verstehen gegeben, er mißbillige das angeblich von ihnen beabsichtigte parlamentarische Manöver, mit dem sie die Regierungskrise herbeizuführen wünschten. Derartige Gerüchte, die im Reichstag in solchen Situationen oft genug auftauchen, dienen ja immer bestimmten taktischen Parteizwecken und pflegen sich infolgedessen sehr rasch in ein Nichts aufzulösen. Aber mehr als ein „vielleicht" kann man heute nicht sagen, weil die vollzogene Entscheidung erst Gewißheit bringen kann.

Um den Panzerkreuzer.

Der Reichstag wird sprechen.

Es ist nun entschieden, daß die Auseinandersetzungen um die Frage: „Wird der Panzerkreuzer A weitergebaut oder sind die Arbeiten einzustellen?" vor der Debatte über die Außenpolitik im Reichstage stattfinden sollen. Nach dem Beschluß des Ältestenrats soll Donnerstag die Beratung des sozialdemokratischen Antrages auf Einstellung des Panzerkreuzerbaues im Reichstag beginnen. Auch das Reichskabinett hat sich dieser Disposition ohne Einspruch angeschlossen und überließ in seiner Mittwochsitzung dem Ältestenrat die weitere Entscheidung, die nunmehr gefallen ist. Es war von verschiedenen Seiten angeregt worden, alle Minister sollten im Reichstage bei der Abstimmung über den Kreuzerbau sich der Stimme enthalten, um ein Auseinanderfallen des Kabinetts zu verhüten und damit unter Umständen eine Regierungskrise herbeizuführen. Auch darüber verhandelte die Ministersitzung, faßte aber keine Beschlüsse in dieser Richtung.

Reichspräsident v. Hindenburg empfing den Reichskanzler, zweifellos zu einer Besprechung über die in den letzten Tagen so prekär gewordene Frage des Kreuzerbaues. Der Reichspräsident soll dabei dem Kanzler die Auffassung des Wehrministers Gröner mitgeteilt haben. Dieser sei der Meinung, der Kanzler müsse sich

Wie der Panzerkreuzer A aussehen soll —, wenn er gebaut wird.

der Stimme enthalten, denn wenn der Reichskanzler etwa gegen den Panzerkreuzerbau stimme, wie es der Antrag seiner Partei wolle, so könnte Herr Gröner, der entschieden an dem Bau festhalte, kaum noch als Mitglied im Kabinett verbleiben. Aber wie gesagt: da sich das Kabinett in dieser Hinsicht eines Beschlusses enthielt, muß man annehmen, daß allen Ministern, also auch dem Reichskanzler persönlich, der Entscheid nach dieser oder jener Richtung überlassen bleibt.

Zugespitzte Lage.

Zur Stunde bietet sich noch kein Ausblick in die weitere Entwicklung, obwohl die Stimmen, die von einer unmittelbar bevorstehenden Regierungskrise sprechen, leiser geworden sind. Im allgemeinen wird fast mehr die Meinung ausgesprochen, die Bewilligung und die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages ständen bevor, da sich anscheinend eine ganze Anzahl der Gegner des Kreuzers in den Mittel- und Rechtsparteien entschlossen haben sollen, sich in diesem Augenblick lieber der Stimme zu enthalten, als sich der geforderten Ablehnung anzuschließen.

Zentrumsbeschlüsse.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages, die mehrfach über die Situation beriet, soll beabsichtigen, einige Änderungen an dem Neubauprogramm vorzuschlagen, durch welche Bedenken gegen die Brauchbarkeit des Kreuzers Rechnung getragen werde. Der reine Kampfcharakter des Schiffes soll mehr in den Hintergrund treten und dafür die Aufklärungs- und ähnlichen Verwendungszwecke mehr betont werden. Im Zentrum sitzen bekanntlich Gegner des Kriegsschiffbaues und ihnen soll so die Möglichkeit

Parker Gilbert bei Dr. Stresemann

Stand der Reparationsfrage.

Berlin, 14. November. Wie die TU. erfährt, hat der Reichsaußenminister Dr. Stresemann im Laufe des Dienstags den Reparationsagenten Parker Gilbert zum Besuch empfangen und mit ihm den augenblicklichen Stand der Reparationsfrage in allen Einzelheiten durchgesprochen.

In Berliner politischen Kreisen beurteilt man den Stand der Reparationsfrage einstweilen noch sehr zurückhaltend, zumal noch nicht feststeht, ob die neue französische Regierung mit derselben gebundenen Marschroute an die Bestellung der Sachverständigen für eine bevorstehende Reparationskonferenz herangeht wie sie für das frühere Kabinett Poincare an Cheron abgegeben hat, muß hierbei erheblich in Rechnung gestellt werden.

Da sich bezüglich der Bestellung der Sachverständigen außer Frankreich kein Staat festgelegt hat, so kann vielleicht damit gerechnet werden, daß dies durch das neue Kabinett Poincare ebenfalls nicht geschieht. Der schroffe Standpunkt Belgiens ist in diesem Zusammenhang umso weniger entscheidend, als die gute Lösung der deutsch-rumänischen Verhandlungen die Aussicht Belgiens auf eine Belgien günstige Lösung der Notenstreitfrage erheblich herabgemindert hat.

Ueber den Zeitpunkt der bevorstehenden Konferenz gehen die Mutmaßungen noch auseinander. Immerhin glaubt man in unterrichteten diplomatischen Kreisen, daß vielleicht doch schon der Dezember in Frage kommt, ohne daß man prestigemäßig Wert darauf legt, die Konferenz unter allen Umständen in Berlin abzuhalten. Als Tagungsort kommt auch noch Paris und Rom in Frage. Entscheidend wird die Haltung des amerikanischen Beobachters sein, da bei der Eigenart der internationalen Lage das Zeugnis Amerikas über die Leistungsfähigkeit Deutschlands die wichtigste Unterlage bilden dürfte. Infolgedessen wird auch daran gedacht, dem amerikanischen Beobachter als unparteiischen Sachverständigen den Vorsitz in der Sachverständigenkommission anzubieten.

Die Weiterführung der Reparationsfrage.

Die geplante Schuldenkonferenz.

In Paris ist der deutsche Botschafter von Hoesch durch den Außenminister Briand empfangen worden und Ministerpräsident Poincaré wird ebenfalls Unterredungen mit Herrn von Hoesch haben. Gegenstand der Besprechungen bei den Zusammenkünften sind die Verhandlungen über die Einsetzung des Sachverständigenausschusses zwecks Regelung der Reparationsfrage, die durch die französische Ministerkrise unterbrochen wurden.

Das Blatt „Matin" nennt als französischen Vertreter in dem Sachverständigenausschuß den Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, und als wahrscheinlichen weitere Vertreter Parmentier und Sergent, die bereits an der Ausarbeitung des Dawes-Planes teilgenommen haben.

Nach dem offiziösen „Petit Parisien" wird die deutsche Regierung in etwa vier bis fünf Tagen über die Bedingungen unterrichtet werden, unter denen Paris, London, Rom und Brüssel sich die Entwicklung der Verhandlungen über die Endlösung des Reparationsproblems und die Festsetzung der deutschen Schuld vorstellen.

Was den Verhandlungsort der Konferenz anbelangt, so kommt im „Oeuvre" die Auffassung zum Ausdruck, daß nach der ersten Zusammenkunft der Sachverständigen in Paris oder in Brüssel die Verhandlungen nach Berlin verlegt werden müßten, um mit den Ausführungsorganen des Dawes-Planes, die in Berlin ihren Sitz haben, in ständiger Fühlung zu stehen.

*

Unerträgliche Reparationslasten.

Bayerns bedrängter Etat.

Im Bayerischen Landtage vertrat Finanzminister Dr. Schmelzle den neuen Staatshaushalt 1929. Während die Rechnung für das Jahr 1924 mit einem Überschuß von 29 Millionen Mark abschloß, weisen die folgenden Jahre erhebliche Fehlbeträge auf. Die Einnahmen blieben hinter dem Sollbetrag beträchtlich zurück. Der neue Haushaltsvoranschlag schließt im außerordentlichen Etat in Einnahmen und Ausgaben mit 90 Millionen Mark ab. Trotz der allergrößten Sparsamkeit schließt der ordentliche Haushalt in den Einnahmen mit 790, in den Ausgaben mit 834, also mit einem Fehlbetrag von 44 Millionen Mark ab. Die Gesamtsteuer auf den Kopf der Bevölkerung stieg in Bayern von 1913 bis 1926 von 41 auf 77 Mark, in Preußen dagegen von 41 auf 96 und im Durchschnitt des Reiches von 41 auf 91 Mark.

Die Forderung des Reparationsagenten nach einer Reform der Besteuerung durch das Reich sei sachlich irrig, weil der Generalagent über die Bedürfnisse der Länder und der Gemeinden hinwegsehe. Daß die Landwirtschaft sich in Not befindet, ist allgemein anerkannt. Sie kann nicht rentabel werden, solange ihre Produktionskosten höher sind als jene des konkurrierenden Auslands.

Die Hauptquelle des Übels sei es: die Einnahmen des Staates und des großen Teiles der Gemeinden sind heute absolut unzureichend. Wenn der Reparationsagent unseren Staatshaushalt kennen würde, dann würde er nicht von einer Neigung zu übermäßigen Geldausgaben sprechen. Er verlangt Unmögliches, wenn er ein ständig steigendes Steueraufkommen erwartet, den Ländern und Gemeinden aber die Mittel aus diesem Steueraufkommen verweigert. Wenn die Reichsregierung sich anschickt, der Aufforderung des Reparationsagenten nachzukommen, und bei der Neuregelung des Finanzausgleichs die Anteile der Länder an den Überweisungssteuern zugunsten des Reiches beschneidet, so tut sie etwas, was innenpolitisch und kultur- und sozialpolitisch, aber auch finanz- und reparationspolitisch verfehlt ist. In der Frage des kommenden Finanzausgleichs ist Leben und Tod der Länder und des Reiches eingeschlossen.

*

Hoesch erneut bei Poincare.

Paris, 14. November. **Von amtlicher deutscher Stelle in Paris wird bekannt gegeben: Botschafter von Hoesch hatte am Mittwoch nachmittag eine einstündige Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Poincare, in der die Besprechungen über die Einsetzung des Sachverständigenausschusses zur Regelung der Reparationsfrage fortgesetzt wurden.**

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF